

Protokoll 2. Klausurtagung ATTAC Mainz vom 23. und 24.10.04

1. Bericht aus den Arbeitskreisen

- AK Kommunalpolitik und Globalisierung:

Der Arbeitskreis hat sich insbesondere mit dem Projekt Bürgerhaushalt beschäftigt und untersucht - in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen -, unter welchen Bedingungen dieses Projekt in Mainz durchführbar wäre. ATTAC will dieses Projekt nicht selbst tragen - dazu wäre die Organisation nicht in der Lage - sondern nur mitgestalten.

Unter diesen Bedingungen ist ein weiteres Gespräch mit dem Finanzreferat der Stadt Mainz geplant, in dem dargestellt werden soll, wie der Stadthaushalt gegenwärtig entsteht.

Auch ein Gespräch mit den Fraktionen im Stadtrat wird am 28.10. (17.00 Uhr) vorgesehen, wo besprochen werden soll, wie der Stadthaushalt in der Zukunft aussehen soll.

Der Arbeitskreis erklärt, was hinter den Begriffen Bürgerhaushalt und Bürgerbeteiligungen zu verstehen ist. Dabei werden Projekte der Gemeindeverwaltung vorgelegt (von Stadtbudget bis Parkanlage oder Gestaltung der öffentlichen Verkehrsmittel usw.). Diese Projekte sind reine Empfehlungen und sind daher für die Gemeindeverwaltung nicht bindend, obwohl es schwer vorstellbar ist, dass sie sie völlig aus Acht lassen kann. Eine Übertragung des Modells von Porto Alegre, wo sich die ganze Bevölkerung an diesem Projekt beteiligen kann, scheint für Deutschland schwer vorstellbar. Deshalb wird ein Modell mit sog. "Planungszellen" als das am ehesten durchsetzbare bewertet. Planungszellen bestehen aus einer bestimmten Anzahl von Stadtbürgern, (in diesem Fall von 25), die ein bestimmtes Projekt besprechen und entwickeln (z.B. den Stadthaushalt). Diese Stadtbürger werden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt - ob dabei die soziale Herkunft, Geschlecht oder andere Kriterien berücksichtigt werden, wurde nicht besprochen. Es wird ihnen eine gewisse Zeit zur Verfügung gestellt (1 Woche), damit sie dieses Projekt ausarbeiten können. Die Kosten für Verdienstaussfälle werden von der Stadt übernommen.

Diese Wahl nach Zufallsprinzip wurde von den Teilnehmer der Klausurtagung scharf kritisiert. Warum sollte sich ATTAC für ein Wahlverfahren entscheiden, das ihre Mitglieder aus dem Bürgerhaushalt höchst wahrscheinlich ausschließt und ihnen jede Einflussmöglichkeit entzieht? Es besteht auch das Risiko, dass zufällig gewählte Bürger nicht unbedingt die nötigen Informationen und die Motivation besitzen und somit "leichte Beute" für Manipulationen aller Art, z.B. Lobbyvertreter sein könnten.

Die freie Teilnahme der Bürger an den Projekten der Stadt Mainz wäre aber auch keine Garantie dafür, dass dies nicht geschieht, denn es

könnten evtl. diejenigen, die politische oder geschäftliche Interessen haben, die ihnen gebotene Möglichkeit als erste benutzen. Im übrigen hätten erste Experimente mit den Planungszellen in Wuppertal sehr positive Ergebnisse gezeigt. Der Informationsstand der Bürger scheint weit unterschätzt zu werden. Durch die Planungszellen soll auch ein Lern- bzw. Erziehungseffekt angestrebt werden, damit sich "normale" Bürger wieder für Politik interessieren.

Eine Kombination der beide Prinzipien (Zufallsprinzip und freie Teilnahme), wäre wahrscheinlich die ideale Lösung.

- AK Sozialsicherungssysteme

Der Arbeitskreis hat sich hauptsächlich mit dem Thema Gerechtigkeit beschäftigt, vor allem mit der "Theorie der Gerechtigkeit" vom John Rawls, der von Politikern des ganzen Parteienspektrums - von links (aber eher Mitte links) bis rechts - zitiert wird. Diese Theorie hat Grundsätze: Der erste Grundsatz sagt aus, dass jeder Mensch einen Anspruch hat auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist. Der zweite Grundsatz wirft Probleme auf, weil er sich mit der Ungleichheit arrangiert: Die Ungleichheit ist, wenn nicht unvermeidbar, zumindest wahrscheinlich manchmal besser als die Gleichheit, wenn dadurch den am wenigsten Begünstigten der größtmögliche Vorteil gebracht wird. Es scheint sinnvoll zu denken, dass es für das Gemeinwohl nützlich ist, wenn Menschen, damit sie Anreiz für mehr Leistung bekommen, entsprechend ihrer Leistung entlohnt werden. Da Menschen nicht den selben Grad an Kompetenz besitzen, erscheint es auch sinnvoll, dass eine gewisse Hierarchie entsteht, damit die am wenigsten Kompetenten über die am meisten Kompetenten nicht entscheiden. Nur sind die Auffassungen von Leistungen und Kompetenzen recht unterschiedlich, sie sind sehr stark von gesellschaftlichen Werten abhängig und lassen sich schwer messen. Es stellt sich auch die Frage, ob die viel gelobte Chancengleichheit ohne Gleichheit, also Umverteilung von oben nach unten (nicht nur von Reichtum, sondern auch von Macht, z.B. in den Betrieben) möglich ist, so dass diese Gleichheit nicht nur negativ als die Verteilung des Ergebnisses bereits erzielter Leistungen ist, sondern die Bedingungen für noch mehr Leistung. Dass diese Theorie der Ungleichheit einen Platz einräumt, wird sicherlich vielfach ausgenutzt, so dass sich viele Befürworter der Neoliberalismus, zu Recht oder zu Unrecht, sich diese Theorie zunutze gemacht haben.

Referat über Grundeinkommen oder Grundsicherung :

Das Prinzip ist einfach: Jeder Mensch sollte, unabhängig, ob er arbeitet oder nicht, ein die Existenz sicherndes Grundeinkommen erhalten.

Hartz IV, am Beispiel Deutschlands, garantiert keinen

Mindestlebensstandard, da jede Arbeit angenommen werden muss, egal wie schlecht sie bezahlt ist. Dieser Vorschlag ist bei vielen Tagungsteilnehmern auf Skepsis

gestoßen. Für diese Grundsicherung ist eine Summe zwischen 800 und 1000

Euro genannt worden und aus der Sicht vieler Tagungsteilnehmer könnte

dies ein Grund sein, grundsätzlich keine Arbeit mehr annehmen zu wollen.

Die Wirtschaft würde dies nicht verkraften. Es ist anzumerken, dass das

Grundsicherungssystem eine Verletzung des 2. Grundsatzes von Rawls

Theorie darstellt, da diese Umverteilung weniger Leistung und schließlich

mehr Armut bringen könnte. In der Diskussion wurden auch andere Lösungen

in Erwägung gezogen, wie z.B. eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit.

Für andere bestünde hier die Möglichkeit, unbezahlten, ehrenamtlichen

Tätigkeiten nachzugehen, d.h. das Grundsicherungssystem wäre eigentlich

eine Belohnung für diese unbezahlte Arbeit und ein Gewinn für die

Gesellschaft. Es bestand die Meinung, dass die Gefahr, viele Menschen würden

nicht arbeiten, überschätzt würde. Es gehe nicht nur um das

Geldverdienen durch Arbeit, viele Menschen mögen ihre Arbeit. Die Arbeit sei auch

eine Möglichkeit, soziale Kontakte zu pflegen und das Leben mit Sinn zu

gestalten, so dass der Spaß am Faulenzen von kurzer Dauer sei. Es

stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die öffentliche Meinung bereit sei,

einen solchen Schritt zu wagen.

Protokoll Samstag 23.10. Mittag

Vortrag und Diskussion von und mit Patrick Brehm

Grenzenloses Wachstum: Fakten und Kritik der heiligen Kuh der neoliberalen Wirtschaftsordnung

„...In Zusammenhang der grundsätzlichen Kritik am Wachstumsdogma entlarvt Brehm den Imperativ eines gleich bleibenden prozentualen BiP-Zuwachses als an der Wirklichkeit vorbeizielende Illusion. Eine dauerhaftes Wachstum von beispielsweise drei Prozent, stellt mathematisch betrachtet exponentielles Wachstum dar. Legt man allerdings die Kurve exponentieller Zunahme an eine grafische Darstellung des Wachstums der letzten 50 Jahre in Deutschland oder einem anderen Staat, entpuppt sie sich als völlig inadäquat...“

Mehr denn je gilt wirtschaftliches Wachstum im Mainstream von Wirtschaftswissenschaften und öffentlicher Debatte als elementare Voraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand und die Stabilität sozialer Sicherungssysteme. Nur mit Wachstum lassen sich Massenarbeitslosigkeit und Finanzierungsschwierigkeiten des Wohlfahrtsstaates beheben. Allen Beschwörungsformeln zu trotz, das Wachstum lässt auf sich warten. Es hält sich derzeit bevorzugt in weniger entwickelten Regionen der Erde auf, wohin ihm heimische Arbeitsplätze nachfolgen. Was können wir tun. Müssen wir ökonomische und soziale Standards, senken um den verlorenen Sohn zurückzubringen. Oder müssen wir uns von der Vision dauerhaften Wachstums verabschieden. Hieße das ‚die fetten Jahre sind vorbei‘ oder lassen sich alternative Modelle einer Wirtschaft im Dienste des gesellschaftlichen Wohlstandes entwerfen. In seinem Vortrag unternimmt Patrick Brehm eine kritische Prüfung des Wachstumsdogmas, weniger um die aufgeworfenen Fragen zu beantworten, als vielmehr um die im neoliberalen Mainstream vorherrschenden Antworten und Frageverbote aufzubrechen und alternative Pfade aufzuzeigen, die fortzuschreiten es sich lohnen könnte. Im Folgenden werde ich den Vortrag von Patrick Brehm und die anschließende Diskussion mit den Teilnehmern in Form eines Ergebnisprotokolls nachzeichnen. Ich möchte die wesentlichen Punkte des Themas darstellen, um einerseits den Teilnehmern eine Möglichkeit zu geben das Gehörte zu rekapitulieren und andererseits Abwesenden die Möglichkeit zu geben sich Gewinn bringend mit der diskutierten Thematik auseinander zu setzen. Eine gewisse Selektivität ist also unvermeidlich, manche Dinge werde ich etwas ausführlicher behandeln andere mit Hinblick auf den roten Faden unter den Tisch fallen lassen.

1. Zum Begriff des Wachstums

Zunächst soll geprüft werden, was genau sich hinter dem Etikett Wachstum überhaupt verbirgt, was genau steigert sich, wenn die Wirtschaft wächst und wie wird es gemessen? Der Begriff, so wie er in Wirtschaftswissenschaften und Politik verwendet wird, bezeichnet die prozentuale Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vergleich zum Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt bemisst die Summe, der innerhalb Deutschlands produzierten und abgesetzten Güter und Dienstleistungen gemessen an ihrem Marktpreis, wobei es irrelevant ist, ob der Absatz innerhalb Deutschlands realisiert wurde. Eingerechnet werden also auch aus Deutschland exportierte Waren, ausgeklammert bleiben Importe. Diese Operationalisierung des Wachstumsbegriffes nennt man Produktionsperspektive. Sie löste die bis vor einigen Jahren gebräuchliche Einkommensperspektive ab. Diese addiert alle innerhalb von den Bürgern einer Volkswirtschaft erzielten Einkommen zum Bruttosozialprodukt (BSP), dass als Wachstumsindikator in den Achtzigern noch frenetisch besungen wurde. Anhand dieser beiden Instrumente lässt sich bereits sehen, dass die Bemessung wirtschaftlichen Wachstums keineswegs so objektiv und eindeutig ist, wie es einem die öffentliche Debatte suggerieren mag. Es unterscheiden sich die Ergebnisse, es variiert, was man sieht und was nicht, abhängig von der angewandten Methode. Ein Land wie Luxemburg beispielsweise, aufgrund des hohen Volumens des Finanz- und Versicherungssektors ein hohes BIP. Das BSP dagegen fällt wesentlich geringer aus, da ein Drittel der in Luxemburg Beschäftigten, jenseits der Landesgrenze leben, womit ihr ins Ausland abfließende Einkommen statistisch nicht erfasst wird. Die Maße unterscheiden sich also erheblich in ihrer Erfassung von wirtschaftlichen Phänomenen in einer globalisierten Welt. Brehm kritisiert am BIP, dass es im Gegensatz zu BSP mit Umsätzen rechnet, die der Volkswirtschaft faktisch gar nicht zur Verfügung stehen.

2. Mängel am BIP als Wohlstandsindikator

Des Weiteren lässt sich eine Vielzahl von Argumenten finden, welche die Tauglichkeit des BIP als Wohlstandsindikator in Frage stellen. An der quantitativen Berechnung lässt sich kritisieren: Einerseits werden produktive Aktivitäten wie Hausarbeit, Subsistenzwirtschaft, Nachbarschaftshilfe sowie Schwarzarbeit nicht erfasst; andererseits gehen die Reparaturkosten für Umweltschäden, Kriminalitätsfolgen, Volkskrankheiten und anderes Ungemach in die Berechnung ein, obwohl vermehrter Handlungsbedarf infolge einer Zunahme entsprechender Phänomene nicht unbedingt auf paradisische Zustände verweisen. Folglich muss man fragen, inwiefern ein

derartiges Instrument geeignet ist, gesellschaftlichen Wohlstand anzuzeigen, wenn es für die Lebensqualität der Menschen entscheidende Variablen nicht erfasst. Faktoren wie Gesundheit, sozialer Friede und eine intakte Umwelt bleiben systematisch unberücksichtigt. Selbst auf die materielle Dimension beschränkt ist das BIP nur beschränkt aussagefähig, da es nichts über die faktische Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums aussagt. So hat seit den Achtzigern eine Polarisierung der Einkommensstruktur stattgefunden, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer, durchaus auch in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums. Aus sozialwissenschaftlichen Studien ist bekannt, dass der relative Abstand der Einkommen innerhalb einer Nation für die subjektive Zufriedenheit der Menschen mitunter bedeutender ist, als die absolute Höhe ihrer Bezüge. (Easterlin-Paradoxon). Darüber hinaus zeigt Brehm, dass auch der vom Mainstream unterstellte positive Zusammenhang von Wachstum und Arbeitsplätzen, empirisch nicht haltbar ist. In Deutschland gab es in den letzten 25 Jahren Phasen jahrelangen Wachstums, einhergehend mit der stetigen Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Im Anschluss an die bereits in den Achtzigern formulierte Kritik der Einseitigkeit der etablierten Wachstumsmesser wurden alternative Instrumente entwickelt, welche auch qualitative Faktoren zur Ermittlung des gesellschaftlichen Wohlstandes mit einbeziehen. Brehm nennt hier GPI (Genuine Progress Indicator) und ISEW (Index for Sustainable Economic Welfare). Diese konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Die Gründe sind zum einen in dem enormen Aufwand zur Erhebung relevanter Daten zu sehen, zum anderen in der Schwierigkeit qualitativ verschiedenartige Dimensionen wie Umwelt, Gesundheit, Lebensgefühl etc. zu quantifizieren und in einer einheitlichen Skala zusammenzuführen. Dies ist ohne eine nicht zu rechtfertigende Willkür bei der Erhebung und Gewichtung der Faktoren letztlich nicht zu machen. Deshalb spricht sich Patrick Brehm dafür aus, das BIP beizubehalten, seine Bedeutung in der Debatte um gesellschaftlichen Wohlstand jedoch seiner Beschränktheit anzupassen. Als Maß für wirtschaftliche Aktivität ist es durchaus geeignet, darüber hinausgehende Implikationen sollten besser auf andere Weise ermittelt werden. Mit dem BIP lässt sich also das wirtschaftliche Wachstum einigermaßen berechnen, mit diesem Wachstum allein ist aber über den Wohlstand noch nicht viel gesagt. Ist Wachstum eine Notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung gesellschaftlichen Wohlstandes?

3. Die Grenzen des Wachstums

Spätestens seit der in den siebziger Jahren um die Studien des Club of Rome entbrannten Diskussion zu den ‚Grenzen des Wachstums‘ gibt es eine

grundsätzliche Kritik an der Wachstumsfixierung des westlichen Wirtschaftsmodells. Im Kern geht es dabei um die einleuchtende These von der Unmöglichkeit dauerhaften, unbegrenzten Wachstums: Im wirtschaftlichen Prozess werden Ressourcen verbraucht, Rohstoffe bei der Produktion materieller Güter und Zeit bei der Erbringung von Dienstleistungen (nicht zu vergessen, dass der Mensch selbst von Zeit zu Zeit auch ein paar Rohstoffe verzehrt). Sowohl die materiellen Rohstoffe wie auch die Menge an gesellschaftlich verfügbarer Arbeitszeit sind von Natur aus begrenzt, daran ändert prinzipiell auch die effektivere Ausbeutung und der effizientere Einsatz dieser Ressourcen nichts. Der technische Fortschritt schiebt das unvermeidliche Erreichen der Grenzen des Wachstums nur vor sich her. In Zusammenhang der grundsätzlichen Kritik am Wachstumsdogma entlarvt Brehm den Imperativ eines gleich bleibenden prozentualen BiP-Zuwachses als an der Wirklichkeit vorbeizielende Illusion. Ein dauerhaftes Wachstum von beispielsweise drei Prozent, stellt mathematisch betrachtet exponentielles Wachstum dar. Legt man allerdings die Kurve exponentieller Zunahme an eine grafische Darstellung des Wachstums der letzten 50 Jahre in Deutschland oder einem anderen vergleichbaren Staat, entpuppt sie sich als völlig inadäquat und überzogen. Faktisch handelt es sich bei den langfristig beobachtbaren Entwicklungen um lineares Wachstum. Ausgehend von enormen Zuwachsraten in der Phase des Wirtschaftswunders, ist in Deutschland der kontinuierliche Rückgang der prozentualen Zugewinne zu verzeichnen. Diese Entwicklung lässt sich auch in anderen Ländern beobachten und ist letztlich Ausdruck eines Sättigungsprozesses. Wachstum muss in Relation zum schon erreichten Niveau gesehen werden. Zudem sind die Wachstumsgewinne der letzten Jahre, über Schulden finanziert worden, womit das Problem letztendlich nur in die Zukunft verschoben wurde.

Die fundamentalen Kritiker bringen gegen das Wachstum die Idee der nachhaltigen Entwicklung in Stellung. Darunter ist die gerichtete Folge qualitativer Veränderungen zu verstehen, keine quantitative Vermehrung. In diesen Zusammenhang gehört auch das Modell der Kreislaufwirtschaft, welches von der Ökologie abgeschaut wurde. Auf lange Sicht lässt sich wirtschaftliche Stabilität nur erhalten, wenn die Ressourcen nicht nur verbraucht sondern im selben Umfang auch regeneriert werden.

4. Fazit und Diskussion

Das Wirtschaftswachstum wird in der aktuellen Debatte überbewertet. Zum einen ist es in Form der herkömmlichen Indizes, nicht komplex genug um die Frage nach dem Wohlstand der Nationen differenziert zu beantworten. Zum anderen lässt sich ernsthaft bezweifeln, ob ein wirtschaftliches

Regime dauerhaften Wachstums überhaupt möglich ist. Offensichtlich führt ein weiteres Wachstum bei gleich bleibendem Ressourcendurchsatz in den ökologischen Kollaps. Was unschwer zu beobachten ist an Ländern wie China, die aktuell enorme Wachstumsraten zu verzeichnen haben. Obwohl diese Kritik seit Jahren bekannt ist, liegen wenig ernstzunehmende Ausarbeitungen zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung, die ohne Wachstum auskommt vor. Zwar ist nachweislich Wirtschaftswachstum nicht notwendig begleitet von einer positiven Wohlstandsentwicklung, umgekehrt fehlen aber die Beispiele für anhaltenden Wohlstand trotz negativer Wachstumsbilanz. Auch wenn viele Fragen weiterhin offen bleiben, wer die Kritik ernst nimmt, sollte sich nicht scheuen nach Antworten zu suchen. In der an den Vortrag anknüpfenden Diskussion wurden einige interessante Fäden aufgenommen. Angemerkt wurde, dass die Entwicklung des globalen Kapitalismus in den letzten Jahren durch die zunehmende Steigerung der Arbeitsproduktivität unter dem Titel Rationalisierung gekennzeichnet ist. Massenarbeitslosigkeit im Westen und Sweat-Shops im Süden sind die Folge. Eine mögliche Umkehr der Entwicklung könnte erreicht werden, wenn es gelingt, das Motiv der Steigerung der Arbeitsproduktivität abzulösen durch das der Steigerung der Ressourcenproduktivität, im Sinne der effizienteren und nachhaltigeren Ausnutzung natürlicher Rohstoffe. In der Frage der Umsetzbarkeit von Alternativen kam die Diskussion auf das grundsätzliche Problem der globalisierungskritischen Bewegung zu sprechen, auf welcher Ebene innerhalb der globalisierten Welt überhaupt noch sinnvoll auf gesellschaftliche Prozesse, wirtschaftliche und politische, Einfluss genommen werden kann. Hierbei kamen die einander entgegengesetzten Modelle von Zentralisierung und Dezentralisierung zur Sprache. Ersteres findet sich in der Literatur unter dem Begriff Global Governance, Letzteres unter den Labels Lokalisierung (Maria Mies) und Deglobalisierung (Walden Bello).

Christian Hilgert

Sonntag 24. Oktober 10 bis 13:00 Uhr:

Ziffer 1 Die Arbeitsgemeinschaft zum Thema Welthandel (WTO AG) berichtet von ihrer Arbeit. der Schwerpunkt der Arbeit stellt derzeit die Beschäftigung mit dem EU „Verfassungsvertragsentwurf“ (WWW.) und ihr Verhältnis zur so genannten Bolkestein Richtlinie (WWW.) da. Letztere steht insoweit den Widerspruch zum Inhalt des „Verfassungsvertragsentwurfs“, als dass die Richtlinie im Zusammenhang mit der Niederlassungsfreiheit von Unternehmen das so genannte " Herkunftsland Prinzip " vorsieht, wohingegen nach dem EU „Verfassungsvertragsentwurf“ das " Standortprinzip " gelten soll. Letzteres besagt, dass ein (ausländisches) Unternehmen aus

einem EU-Staat sich den gesetzlichen Standards zu unterwerfen hat, die in dem EU-Ausland gelten, in welchem sich dieses Unternehmen außerhalb seines eigenen Landes betätigen möchte. Umgekehrt sieht das "Herkunftslandprinzip" vor, dass für ein solches Unternehmen die gesetzlichen Standards gelten sollen, die im Heimatland des Unternehmens gelten (nach dem Herkunftsland Prinzip würden also z. B. für ein litauisches Unternehmen, das sich in Deutschland betätigt die litauischen sozial-, Steuer-, Arbeits-, Umweltstandards geltend und nicht die Deutschen Gesetze.)

Desweiteren ist man im Rahmen der Beschäftigung mit dem EU „Verfassungsentwurf“ zum Ergebnis gekommen, dass die wichtigste Regelungsmaterie des Verfassungsentwurfs die Themen "Sicherheit" und "freier Markt" sind. Diese sicherheitspolitischen Regelungen sind in erster Linie Bestandteile des NATO-Vertrages, der ausdrücklich in die künftige EU Verfassung integriert werden soll. Außerdem gibt es den Artikel 40 Absatz 3 mit der Verpflichtung zur ständigen Aufrüstung: " Artikel 40 Absatz 3: Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors. Zur Frage, ob sich Attac Deutschland künftig (2005) schwerpunktmäßig mit der EU (Verfassung) beschäftigen soll oder nicht, kamen die Anwesenden zum Ergebnis, dass dies wünschenswert wäre, jedoch unter der Voraussetzung, dass dies dann auch nicht nur von Attac Deutschland, sondern ebenso von Attac in anderen EU-Staaten zum Schwerpunkt gemacht wird.

Ziffer 2: 13. 14:00 Uhr Rückschau auf die Arbeit der Regionalgruppe im Jahr 2004 sowie ausblick auf 2005 (Arbeitsfeldern, Schwerpunkte, Koordinierungskreis): insgesamt wurde die Arbeit von Attac Mainz im Jahr 2004 als positiv bewertet. Kritisch angemerkt wurde von allen Anwesenden, dass die Mitgliederwerbung und Betreuung optimiert werden sollte (konkret kam es auch im vergangenen Jahr vor, dass Attac-Interessierte, die ihre Telefonnummern und oder Mail Adresse hinterlassen hatten nicht kontaktiert wurden bzw. versehentlich nicht in die Mailing-Liste eingetragen wurden). Aus diesem Grund wurde angeregt dass der neue Koordinierungskreis eine Person künftig ausdrücklich mit der Mitgliederbetreuung bzw.- Gewinnung beauftragen sollte. Der Zugriff auf unsere Mitglieder Daten sollte für alle optimiert werden, so weit datenschutzrechtliche Aspekte nicht entgegenstehen.

Es muss davon ausgegangen werden, dass auch im Falle einer weiter intensivierten Pressearbeit die Resonanz in der Lokalpresse aus politischen

Gründen nicht die sein wird, die wir uns wünschen. Dennoch soll der Kontakt zur Lokalpresse auch künftig kontinuierlich gepflegt werden. Darüber hinaus wird vorgeschlagen verstärkt das Online-Angebote der Mainzer NGO- Zeitung www in Anspruch zu nehmen. Publikationen von Alltag Mainz und insbesondere die (zu überarbeitende) Selbstdarstellung sollen künftig regelmäßig in bestimmten Lokalitäten ausgelegt werden, die jeweils von einer zu bestimmenden Person innerhalb oder außerhalb des Ko.- Kreises „betreut“ werden

Der bestehender Selbstdarstellungs-flyer soll im Jahr 2005 überarbeitet / aktualisiert werden, wobei es schwer fallen dürfte hier auf Text zu verzichten. Deshalb soll ein zweiter Selbstdarstellung-flyer kreiert werden, der kaum Text dafür aber einen prägnantes Bild und ein Verweis auf die Homepage von attac Mainz und attac Deutschland beinhaltet.

Folgende möglich Schwerpunkte der Arbeit in 2005 und Ideen für 12.

Forum wurden gesammelt und sollen im Dezember auf dem Plenum beschlossen werde: Gatts, AWWO; Medien-Macht (evtl mit verdi), Sozialabbau, Afrika, internationaler Agrarhandel, neue Form: Vortrag Geistiges Eigentum/Medien mit folgendem Konzert/ Kulturveranstaltung/ Kulturattac ggf. mit Asta oder Schick und Schön. Manfred Bartl will versuchen in Mainz eine neue AG zum Thema Medien etc. zu gründen.

Protokollant: Roman Haug

Sonntag 24.10. nachmittags

Gedanken aus Klaus Müller: Globalisierung

Buch von Bundeszentrale für politische Bildung, Preis 2 EUR

Thema: GLOBALISIERUNG UND DEMOKRATIE

Thesen:

1. Gefahr, dass Demokratie durch Tyrannei der Finanzmärkte und andere Globalisierungszwänge ausgehöhlt wird
 - Zitat von George Soros: „... das Bemühen attraktive Bedingungen für das Kapital zu schaffen, rangiert vor allen anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen“
 - ökonomische Zwänge führen zur Einengung selbstbestimmter Reformpolitik: siehe in Deutschland Sozialabbau durch Hartz IV
 - ungleiche Verteilung der Globalisierungsgewinne haben negative Auswirkung auf sozialen Zusammenhalt und Stabilität von Demokratien

2. nicht entfesselter Markt sondern Diffusion von Demokratie und vor allem deren institutionelle Voraussetzungen entscheiden über erfolgreiche Teilnahme an Globalisierungsprozessen

Staat schafft Rahmen für Funktionieren des Marktes, z.B.:

Rechtssystem

Staat schützt demokratisches System, d.h. ohne souveränen Staat keine sichere Demokratie

Staat muss negative Auswirkungen der Globalisierung auffangen durch Institutionen und Sozialstaat

a. Korrektur von Marktversagen

- Ungleichheitsdynamik des Marktes abschwächen durch Korrektur der Ausgangslage von Marktteilnehmern und der Ergebnisse des Marktmechanismus (Einkommensverteilung!)

- Unterversorgung mit öffentlichen Gütern (Sicherheit, Verkehrsinfrastruktur; Grundlagenforschung, Bildung)-> negative Auswirkung auf Standortqualität

- Ausgleich sozialer Kosten der Marktwirtschaft z.B.:

Umweltverschmutzung

- Begrenzung politischer Machtstellung großer Unternehmen durch Wettbewerbskontrolle

b. Auffangen externer Risiken wie Verarmung unterer Einkommensgruppen
Bsp.: USA der 90er Jahre, trotz Boom der new economy wurde Trend aus den 80ern zu sinkenden Einkommen nicht gebrochen: Einbußen bei unteren 3/5 (also auch Mittelstand), stärkster Zuwachs bei oberstem Zehntel der Bevölkerung

3. Ausbreitung demokratischer Prinzipien erhöht Legitimationsdruck für Politik

Internat. Institutionen, vor allem IWF und Weltbank sind nicht demokratisch legitimiert und arbeiten nicht nach demokratischen Spielregeln: entwickelte Länder dominieren

Handlungsbedarf:

1. national: institutionelle Innovationen nötig um:

- Glaubwürdigkeit des Staates als Instanz zur Konfliktlösung zu erhöhen
- Politische Arena für Initiativen und gewerkschaftliche

Interessensvertretung zu öffnen

- Verteilungspolitische Konsequenz der Globalisierung zu kompensieren (sieht Müller primär als eine Frage des politischen Willens und nicht der Geldmittel, da er keine Auflösung der Steuerbasis des Staates sieht)

Dadurch wird soziale Ruhe erreicht, die notwendig ist, um für

ausländische Investoren attraktiv zu werden

2. transnational

- Höherer Kooperationsbedarf durch internationale Institutionen
- Demokratisierung internationaler Institutionen

Fazit:

Für meinen Geschmack gibt das Buch einen tiefen Einblick in die Beziehungen zwischen politischem und wirtschaftlichem System und macht deutlich, dass eine Wirtschaft die funktionieren soll, ein funktionierendes politisches System braucht: als Voraussetzung und zur Korrektur unerwünschter Begleiterscheinungen und Ergebnisse. -> neoliberaler Nachwächterstaat ade.

Das Buch zeigt aber auch, dass durch die Einführung von Marktwirtschaft keineswegs quasi automatisch auch Demokratie entsteht, denn Zitat:

„...Demokratie bevorzugt Markt, aber Markt bevorzugt nicht Demokratie.“.

Wichtig auch, dass durch die Einführung von Demokratie der Markt erst sein Wertesystem bekommt, denn Markt kennt keine Moral!

Urteil:

empfehlenswert, sollte in keiner globalisierungskritischen Bibliothek fehlen und eine Anschaffung wird durch den Preis nicht unmöglich gemacht.

Thema: Vortrag von Hansjörg Grafen über zwei Themen von Schwarzafrika mit anschließender Diskussion

1. Das Volk der Himba in Namibia

Die 20-30000 Himba leben im Kaokoland im Nordwesten von Namibia und sind Viehzüchter. Ihr Reichtum, das Vieh wurde in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch Dürre und Krieg fast vollständig vernichtet.

Den „Rest“ bekommt das Volk nun durch die Christianisierung, denn von außen (Südafrika, USA, Europa) wird die Missionierung der Himba mit reichlich Geld von ca. 20 kirchlichen bzw. sektenähnlichen Organisationen und jungen schwarzen Nachwuchs-missionaren durchgeführt. Diese „Missionare“ sind häufig selber noch Kinder und müssten eigentlich zur Schule gehen.

Für die Himba eine Katastrophe: zum Einbruch der Moderne kommt jetzt auch noch der kulturelle Identitätsverlust, durch den Verlust der Religion. Das Ergebnis ist Leere. Häufige Endstation: Alkoholismus.

Geschäftsüchtige Händler machen ganze Dörfer betrunken, um dann für Alkohol die Rinderherden einzutauschen; für die Händler eine gewinnbringendes

Geschäft.

Zu all diesen Problemen kommt auch noch der geplante Bau eines Staudammes an den Epupa-Wasserfällen hinzu, der das Land der Himba unter Wassermassen begraben würde. Durch Widerstand der Himba teilweise unterstützt durch Europa, konnte der Bau bisher verhindert werden. Positiver Nebeneffekt dieses Widerstandes ist die Gründung der Kaoko-Epupa Development Foundation durch Himba-Fürsten, die sich die umfassende Entwicklung der Region zur Aufgabe macht.

Die Diskussion beschränkte sich im Wesentlichen auf klärende Rückfragen.

2. Coltan-Erzabbau im Kongo

Coltan ist die Kurzform für Columbium und Tantal, zwei sehr seltene Metalle. Tantal ist wichtiger Rohstoff für die Chipindustrie, da es durch seine Eigenschaften –äußerst hitze- und säurefest- zur Produktion von Kondensatoren mit hoher elektrischer Kapazität für Mobiltelefone, Computer und Spielkonsolen benötigt wird.

80% der heute bekannten Weltreserven liegen im Kongo. Vom Coltanabbau profitieren bewaffnete Rebellengruppen, Warlords und Händler aus aller Welt, nicht aber die kongolesische Bevölkerung.

Die kongolesische Regierung ist im Kongo nicht Herr der Lage, sondern das Land wird von bewaffneten Gruppen –ähnlich wie Afghanistan- beherrscht. Diese finanzieren sich durch Abbau der reichlich vorhandenen Bodenschätze, Coltan spielt dabei eine wichtige Rolle. Seit Ausbruch des zweiten Bürgerkrieges (1998) hat die Gier nach dem wertvollen Rohstoff 5 Mio Menschen das Leben gekostet. In den Auseinandersetzungen werden 30000 Kindersoldaten (ca. ein zehntel der Kindersoldaten weltweit) eingesetzt.

Über Zwischenhändler wird das Erz an europäische und angloamerikanische Firmen verkauft. Auch deutsche Unternehmen sind beteiligt: u.a. H.C. Starck -eine Tochterfirma von Bayer AG- und Siemens.

Von dem derzeitigen Machthaber Laurent Kabila sind keine stabilen Strukturen für den Kongo zu erwarten, war er doch früher Führer der sog. Simba, einer Räuberbande, die 1964 den Osten Kongos in ein blutiges Chaos gestürzt hatte. Und die Industrieländer haben kein Interesse an stabilen Verhältnissen im Kongo, solange auch so die Rohstoffe fließen...

Ergebnisse der Diskussion:

- Die negativen Auswirkungen der Globalisierung bündeln sich in Afrika wie in einem Brennglas

- Abhilfe von außen kaum möglich, dies muss von innen kommen
- Mögliche Aktionen:
 - o Kampagne gegen Infineon (Tochter von Siemens)
 - o Anstoß zur Information der Bevölkerung bei uns geben und gemeinsam mit Personen bzw. Organisationen (die näher dran sind) eine Aktion durchführen, ein Beschluss erfolgte nicht.

Protokollant Michael Rumpel

Ende der Klausurtagung ca. 15.30 Uhr